

**Haushalts- und Finanzausschuß**

**Protokoll**

72. Sitzung (nicht öffentlich)

9. Februar 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Riscop (CDU)

Stenograph: Labes-Meckelnburg

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz NW)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/7847

Ausschußprotokoll des Verkehrsausschusses 11/1411

(öffentliche Anhörung)

Vorlagen 11/3617 und 11/3657

Der **Ausschuß** empfiehlt dem federführenden Verkehrsausschuß mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Haushalts- und Finanzausschuß  
72. Sitzung

09.02.1995  
Is-Ig

Seite

**2 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 1993** 2

Antrag des Finanzministeriums  
Drucksache 11/8286

Vorlage 11/3563

Der **Ausschuß** stimmt dem Antrag des Finanzministeriums mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN zu.

Berichterstatter: Abgeordneter Harms (SPD)

**3 Erwerb und Veräußerung der Thyssen-Grundstücke in Oberhausen, Essener Straße (sog. Neue Mitte Oberhausen)** 5

Vorlage 11/1086

Drucksache 11/8251

(Schlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I)

Der **Ausschuß** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsparteien, die mit der Vorlage 11/1086 mitgeteilte Grundstücksangelegenheit zur Kenntnis zu nehmen.

Berichterstatter: Abgeordneter Walsken (SPD)

Haushalts- und Finanzausschuß  
72. Sitzung

09.02.1995  
1s-1g

Seite

**4 Gutachtenvergabe durch die Landesregierung** 7

Antrag der Fraktion der CDU

Bericht des Finanzministers

Der **Ausschuß** nimmt nach einer kontroversen Diskussion den Bericht zur Kenntnis.

**5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 1995/96** 11

Vorlagen 11/3582 und 11/3667

Der **Ausschuß** stimmt entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen der Verordnung zu.

**6 Kauf und Veräußerung von Grundstücken durch das Land** 12

Vorlage 11/3655

Nach der Beantwortung einiger Fragen von Ausschußmitgliedern nimmt der Ausschuß die Vorlage 11/3655 zur Kenntnis.

Haushalts- und Finanzausschuß  
72. Sitzung

09.02.1995  
Is-Ig

Seite

**7 Abschlagszahlungen für Sozialhilfekosten für Asylbewerber für das  
2. Halbjahr 1994** 13

Bericht des Finanzministers

Nach dem Bericht des Staatssekretärs diskutiert der Ausschuß mit den Ministeriumsvertretern über mit den Abschlagszahlungen zusammenhängende Fragen.

**8 Jahresabschluß 1994** 16

Bericht des Finanzministers

Vertreter des Finanzministeriums beantworten Fragen der Abgeordneten zum Jahresabschluß.

**9 Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden**

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wählt der Ausschuß den Abgeordneten Günter Harms einstimmig zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden.

**10 Verschiedenes** 21

\* \* \* \* \*

**Aus der Diskussion**

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Ausschuß des am 14. Januar 1995 verstorbenen stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Robert Schumacher. Der **Vorsitzende** würdigt den Verstorbenen als engagierten Kollegen, der von allen geschätzt worden sei und zu der guten sachlichen und fairen Atmosphäre im Haushaltsausschuß viel beigetragen habe.

**1 Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7847  
Ausschußprotokoll des Verkehrsausschusses 11/1411  
(öffentliche Anhörung)

Vorlagen 11/3617 und 11/3657

Der **Vorsitzende** erinnert daran, daß dem Verkehrsausschuß in der heutigen Sitzung mündlich über die Ergebnisse der HFA-Beratung Bericht erstattet werden solle.

**Abgeordneter Dautzenberg (CDU)** betont, der CDU-Fraktion gehe es mit ihren Änderungsanträgen - Vorlage 11/3617 - darum, die im Haushalt enthaltenen Ansätze bzw. die künftig eingehenden Mittel für den ÖPNV und den schienengebundenen Nahverkehr sowie die weiteren Finanzierungsmaßnahmen des Landes auch künftig zu erhalten. Die CDU-Fraktion unterbreite deshalb in diesem Ausschuß die bereits im Verkehrsausschuß gestellten Anträge, erkläre sich jedoch mit einer pauschalen Abstimmung darüber einverstanden.

Mit den Anträgen der F.D.P.-Fraktion - Vorlage 11/3657 - solle in der gleichen Weise verfahren werde, regt **Abgeordneter Wickel (F.D.P.)** an.

Der **Ausschuß** lehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P. die Anträge in Vorlage 11/3617 ab.

Die Anträge der F.D.P.-Fraktion in Vorlage 11/3657 lehnt der **Ausschuß** mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

## 2 **Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 1993**

Antrag des Finanzministeriums  
Drucksache 11/8286

Vorlage 11/3563

**Kapitel 03 110 Titel 536 30 "Sonstige Ausgaben für die Polizei, öffentliche Sicherheit und Ordnung" (Nr. 3 der Vorlage 11/3563)**

und

**Kapitel 03 110 Titel 631 10 "Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund" (Nr. 4 der Vorlage 11/3563)**

**Abgeordneter Dautzenberg (CDU)** bittet zu erläutern, wieso die entsprechenden Feststellungen erst nach Rechnungsabschluß getroffen worden seien.

**MR Schneider (IM)** legt dar, aus diesem Titel würden u. a. Maßnahmen des Zeugeschutzes und zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität finanziert. Die Höhe dieser Ausgaben sei von der Verwaltung her nicht steuerbar. Nach der bereits bewilligten überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von zwei Millionen DM würden die darüber hinaus angefallenen Ausgaben nunmehr dem Ausschuß mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

CDU-Fraktion

08. Februar 1995

**Beschlussvorschlag zu TOP 3 der Tagesordnung der Sitzung des  
Haushalts- und Finanzausschusses am 09. Februar 1995  
(zur Vorlage 11/1086)**

Der Landtag nimmt missbilligend zur Kenntnis, dass der Finanzminister des Landes NRW mit notariellem Kaufvertrag vom 05.12.1991 die Thyssen-Grundstücke in Oberhausen, Essener Strasse (so. "Neue-Mitte-Oberhausen") ohne die nach § 64 Abs. 2 Satz 1 LHO erforderliche Einwilligung des Landtages zum Preis von 20 Mio DM an die GEG-Oberhausen mbH veräußert hat.

**Begründung**

Die Grundstücke sind von erheblichem Wert, ihre Veräußerung war im Haushaltsplan 1991 nicht vorgesehen. Damit durften diese Grundstücke nur mit Einwilligung des Landtages veräußert werden, zumal zwingende Gründe für eine Ausnahme von diesem Grundsatz nicht vorlagen. Im übrigen wird auf den Schlussbericht des Parl. Untersuchungsausschusses I - Landtagsdrucksache 11/8251 -, dort insbesondere auf die Seite 279, verwiesen. Dort heisst es im Mehrheitsbericht u.a.: "Die Frage der Beteiligung des Landtages gemäss § 64 Abs. 2 LHO ist im Finanzministerium im Oktober 1991, als der zuständige Beamte von einer Weiterveräußerung im Jahre 1992 ausging, geprüft und dahingehend entschieden worden, den HFA Anfang 1992 zu beteiligen. Die Möglichkeit einer nachträglichen Unterrichtung und die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür (§64 Abs. 2 S. 2 LHO) sind von dem Beamten nicht behandelt worden. Nachdem sich im November 1991 eine Weiterveräußerung noch im Jahr 1991 abzeichnete, ist nicht dokumentiert, dass die Möglichkeit einer vorherigen Beteiligung des Landtages erwogen worden ist." (Unterstreichungen nur hier)

Da am 08. November 1991 und am 28. November 1991 Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie am 13./14./15. und 29. November 1991 Plenarsitzungen des Landtages NRW stattfanden, war die vorherige Beteiligung des Landtages auch zeitlich möglich.







# Information der Landesregierung NRW

Düsseldorf, 7. Februar 1995

## Landeshaushalt 1994: Erhebliche Steuerausfälle durch Einsparungen ausgeglichen

**Neuverschuldung um 850 Millionen Mark niedriger als geplant / Trotz Sparhaushalt zusätzliche Mittel für die NRW-Kommunen**

---

### Das Finanzministerium teilt mit:

Nordrhein-Westfalen hat im letzten Jahr 764 Millionen Mark Steuern weniger eingenommen, als - nach bereits sehr vorsichtigen Schätzungen - im Etatplan veranschlagt waren. Die Einnahme-Ausfälle konnten jedoch durch enorme Einsparungen auf der Ausgabenseite fast vollständig kompensiert werden: Das Land hat 1994 unter dem Strich nahezu 700 Millionen Mark weniger ausgegeben, als ursprünglich vorgesehen. "Der Abschluß 1994 ist ein gutes Beispiel für Haushaltsdisziplin", betonte Finanzminister Heinz Schleußer heute (Dienstag) in Düsseldorf. Die Landesregierung habe damit erneut die "Verlässlichkeit" ihrer Finanzpolitik bewiesen. Vor allem seien jene Kritiker widerlegt, die den Konsolidierungskurs der NRW-Regierung in der Vergangenheit als "zu ehrgeizig" und daher kaum realisierbar eingestuft hatten.

Der ursprüngliche Haushaltsplan sah für 1994 einen Ausgabenanstieg von 2,6 Prozent vor. Durch die Einsparungen konnte das Wachstum der Landesausgaben jetzt auf 1,8 Prozent begrenzt werden. Die Rate 1994 gehört zu den niedrigsten Wachstumsraten der letzten zehn Jahre, nur 1984 und 1988 wurde sie mit 1,2 bzw. 1,8 Prozent unterschritten. Die gegenüber dem Vorjahr tatsächlich angefallenen Mehrausgaben summieren sich auf knapp 1,4 Milliarden Mark. Sie sind in erster Linie den Kommunen zugute gekommen. Gegenüber 1993 erhielten Städte und Gemeinden zum Beispiel 600 Millionen Mark mehr Schlüsselzuweisungen, 330 Millionen Mark mehr für Flüchtlinge und 160 Millionen Mark mehr für den Betrieb von Kindergärten. Durch Sparbemühungen sind 1994 aber nicht nur die Steuerausfälle erwirtschaftet worden. Darüber hinaus wurden gesetzlich bedingte Mehrausgaben für die Unterbringung und den Unterhalt von Flüchtlingen in Höhe von 252 Millionen Mark abgedeckt. Ohne diese Entwicklung, die das Land nicht beeinflussen kann, hätten die Mehrausgaben sogar auf rund eine Milliarde Mark begrenzt werden können.

Positiv entwickelten sich neben den Ausgaben die nicht steuerlichen Einnahmen. Von den Konzessionseinnahmen über die Spielbank- oder Fehlbelegungsabgaben bis hin zu Gebühren und Entgelten der Gerichte nahm das Land 845 Millionen Mark mehr ein als geplant. Insgesamt erreichten die "sonstigen Einnahmen" ein Volumen von 12,6 Milliarden Mark. "Dieses Ergebnis haben wir durch Ausschöpfung unserer eigenen Einnahmequellen erreicht", erklärte Schleußer. So sei zum Beispiel der Kostendeckungsgrad der Gerichtsgebühren überprüft worden. Die Landesregierung hat die gesamten Mehreinnahmen eingesetzt, um die Kreditaufnahme zu senken. Mit 6,2 Milliarden Mark liegt die Neuverschuldung 1994 gut 12 Prozent unter dem Soll. "Auch in diesem Punkt haben wir Wort gehalten", betonte der Finanzminister. Mehreinnahmen seien wie angekündigt zur Senkung der Kreditaufnahme verwendet worden, während die Steuerausfälle durch Einsparungen erwirtschaftet wurden.

#### **Ausgaben - positive Entwicklung bei Zinsen und Personal**

Die Einsparungen im Haushalt 1994 gehen quer durch alle Ausgabengruppen: Von Fahrgelderstattungen im Öffentlichen Personennahverkehr mit Minus 38 Millionen Mark bis zur Reduzierung von Subventionen in der Landwirtschaft um 58 Millionen Mark. Die Zuweisungen und Zuschüsse blieben insgesamt um 262 Millionen Mark unter dem Ansatz. Die Verwaltungsausgaben waren um 40 Millionen Mark geringer als im Haushaltsplan veranschlagt.

Als "besonders erfreulich" bezeichnete Schleußer die Entwicklung der Zinsausgaben. Sie waren nicht nur um 450 Millionen Mark niedriger als geplant. Sie lagen sogar um 77 Millionen Mark unter den Kosten des Jahres 1993. Dazu trug einerseits die günstigere Zinsentwicklung bei. Gleichzeitig wurde die Belastung aber auch durch besondere Formen der Kreditaufnahme verringert. Die Zinsausgabenquote konnte so um 0,5 Punkte auf 9,5 Prozent verbessert werden.

Deutlich günstiger als prognostiziert entwickelten sich auch die Personalausgaben. Ihr Anstieg wurde auf zwei Prozent oder 630 Millionen Mark begrenzt. Gegenüber dem Haushaltsplan, in dem ein Anstieg von 3,2 Prozent veranschlagt war, wurden dadurch 370 Millionen Mark für andere Zwecke frei. Das insgesamt günstige Ergebnis des Personalhaushaltes ist allerdings nur auf die moderate Entwicklung der Kosten im aktiven Dienst zurückzuführen. Die Versorgungsleistungen wuchsen auch 1994 deutlich überproportional. Von insgesamt 31,7 Milliarden Mark Personalkosten entfielen 5 Milliarden auf Pensionen. Das sind 3,4 Prozent mehr als Vorjahr. Die Beihilfe für Versorgungsempfänger kostete rund 700 Millionen Mark und damit gut 6 Prozent mehr als 1993.

Im vergangenen Haushaltsjahr habe es allerdings auch "schmerzliche Einschnitte" gegeben, räumte Finanzminister Schleißer ein. So habe sich bei den Investitionsförderungsausgaben im Soll/Ist-Vergleich zwar eine Punktlandung ergeben. Gegenüber 1993 aber fehlten 500 Millionen Mark an Investitionsausgaben. Hauptursache ist der Rückgang der Förderung bei der Stadterneuerung und bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen mit über 250 Millionen Mark. Die entsprechenden Projekte wurden in der Vergangenheit maßgeblich vom Bund mitfinanziert. Der inzwischen erfolgte Rückzug des Bundes habe zwangsläufig zu einem Absinken der Investitionen führen müssen, so Schleißer. Das Land habe keine Möglichkeit, zusätzlich zu allen anderen Belastungen Finanzlücken zu schließen, die der Bund hinterlasse.

### **Steuereinnahmen - Einbrüche bei Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Bei den Steuereinnahmen waren auch 1994 noch die Folgen der schweren Rezession zu Beginn der 90er Jahre zu verkraften. Mit 63,1 Milliarden Mark blieben die Steuereinnahmen des Landes weit hinter den Erwartungen zurück. Das gilt für die Steuereinnahmen aller finanzstarken alten Länder. Die endgültigen Ergebnisse liegen zwar noch nicht vor. Aus den November-Zahlen läßt sich jedoch ablesen, daß die Einnahmen nicht nur hinter den Prognosen zurückbleiben, sondern zum Teil werden die 93er Ergebnisse deutlich unterschritten.

Anders sieht es beim Bund aus. Er hat die konjunkturell bedingten Steuerausfälle durch Steuererhöhungen, die allein ihm zugute kamen, mehr als ausgeglichen. Das Plus des Bundes erreichte in 1994 rund 6 1/2 Prozent. Dieses Ergebnis basiert wesentlich auf der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Versicherungsteuer. Während der Bund gleichsam über ein Gegengewicht zur Entwicklung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer verfügte, schlug deren negative Entwicklung bei den finanzstarken Ländern voll durch. In Nordrhein-Westfalen ging die veranlagte Einkommensteuer um 19,8 Prozent zurück, die Körperschaftsteuer sogar um 37,8 Prozent. Ein gutes Ergebnis brachten lediglich die reinen Landessteuern. So stiegen zum Beispiel die Erbschaftsteuer um 20,8 und die Lotteriesteuer um 15,1 Prozent.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Finanzministeriums NRW, ☎ 0211/4972-2325.

## Einnahmen und Ausgaben 1994 im Überblick

in Mio. DM	Planung '94	Ergebnis '94	Veränderung	Veränderung	Ergebnis '94	Ergebnis '93	Veränderung
	(Soll)	(Ist)	in DM	in v. H.	(Ist)	(Ist)	in v. H.
Landesausgaben	79.988	79.348	-640	-0,8	79.348	77.950	1,8
Fonds Deutsche Einheit	2.702	2.690	-12	-0,4	2.690	1.605	67,6
Steuereinnahmen	63.900	63.136	-764	-1,2	63.136	62.597	0,9
Sonstige Einnahmen	11.801	12.646	845	7,2	12.646	12.520	1,0
Nettokreditaufnahme	7.057	6.199	-858	-12,2	6.199	4.432	39,9

## NRW-Haushalt 1994 in der Abgrenzung des Finanzplanungsrates

In der Abgrenzung des Finanzplanungsrates werden von den Einnahmen die Zahlungen für den Fonds "Deutsche Einheit" abgesetzt, die Beteiligung der Gemeinden über den Zuschlag zur Gewerbesteuer-Umlage zugesetzt. Für Nordrhein-Westfalen stieg die Belastung 1994 um mehr als eine Milliarde Mark auf 2,7 Milliarden Mark. Damit lagen sie um knapp 68 Prozent höher als im Vorjahr.

in Mio. DM	Planung '94	Ergebnis '94	Veränderung	Veränderung	Ergebnis '94	Ergebnis '93	Veränderung
	(Soll)	(Ist)	in DM	in v. H.	(Ist)	(Ist)	in v. H.
Landesausgaben	79.988	79.348	-640	-0,8	79.348	77.950	1,8
Steuereinnahmen	61.723	60.952	-771	-1,2	60.952	61.309	-0,6

## Wichtige Ausgabearten

in Mio. DM	Planung '94	Ergebnis '94	Veränderung	Veränderung	Ergebnis '94	Ergebnis '93	Veränderung
	(Soll)	(Ist)	in DM	in v. H.	(Ist)	(Ist)	in v. H.
Zinsen	7.963	7.511	-452	-5,7	7.511	7.597	-1,1
Investitionen	10.132	10.029	-103	-1,0	10.029	10.561	-5,0
Zuwelungen/ Zuschüsse *)	26.464	26.202	-262	-1,0	26.202	25.008	4,8
Verwaltung (Sachausgaben)	3.783	3.742	-41	-1,1	3.742	3.557	5,2
Personalausgaben	32.052	31.682	-370	-1,2	31.682	31.052	2,0

\*) ohne Fonds "Deutsche Einheit"

**Aufkommen und Einnahmen aus Steuern  
in Nordrhein - Westfalen  
im Rechnungsjahr 1994**

Steuerart	Rechnungsjahr		
	1993	1994	
	Aufkommen (100 vH)		
	1.000 DM		Veränd. g.Vorj. (v.H.)
	1	2	3
<b>I. Gemeinschaftsteuern:</b>			
Lohnsteuer	65.127.609	66.029.281	+ 1,4
Veranl. Einkommensteuer	10.087.423	8.114.696	- 19,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3.683.887	5.137.521	+ 39,5
Körperschaftsteuer	7.168.953	4.670.415	- 34,9
Steuern vom Umsatz *)	52.685.623	58.065.802	+ 10,2
Gewerbsteuerumlage	795.892	1.065.769	+ 33,9
Zinsabschlag	1.675.641	2.250.459	+ 34,3
<b>Summe I.</b>	<b>141.225.028</b>	<b>145.333.942</b>	<b>+ 2,9</b>
<b>dar.: Landesanteil</b>	<b>54.475.960</b>	<b>54.689.849</b>	<b>+ 0,4</b>
<b>II. Landessteuern:</b>			
Vermögensteuer	1.771.548	1.751.156	- 1,2
Erbschaftsteuer	822.134	993.545	+ 20,8
Grunderwerbsteuer	1.212.812	1.318.675	+ 8,7
Kraftfahrzeugsteuer	3.061.238	3.080.171	+ 0,6
Totalisatorsteuer	56.688	56.589	- 0,2
Andere Rennwettsteuer	14.678	14.716	+ 0,3
Lotteriesteuer	566.513	651.791	+ 15,1
Sportwettsteuer	13.342	14.404	+ 8,0
Feuerschutzsteuer	99.770	52.728	- 47,2
Biersteuer	502.533	512.211	+ 1,9
sonstige Steuern	--	--	--
<b>Summe II.</b>	<b>8.121.254</b>	<b>8.445.987</b>	<b>+ 4,0</b>
<b>Steuern insgesamt</b>	<b>149.346.281</b>	<b>153.779.929</b>	<b>+ 3,0</b>
<b>dar.: Landesanteil</b>	<b>62.597.214</b>	<b>63.135.835</b>	<b>+ 0,9</b>
<b>Veränderung Berichtszeitraum gegen Vorjahreszeitraum</b>		<b>+ 538.622</b>	

\*) Aufkommen an Umsatzsteuer zzgl. Landesanteil an der Einfuhrumsatzsteuer

# Vergleich von Plan- und Istdaten\* beim Bund und in NRW

		1991		1992		1993		1994 *		Summe 1991 - 1994	
		Bund	NRW	Bund	NRW	Bund	NRW	Bund	NRW	Bund	NRW
		Finanzplanung 1990-94 Ist	in Mrd DM	399,7	71,8	403,0	74,7	412,0	77,0	421,0	79,6
Gesamtausgaben	in Mrd DM	401,8	70,9	427,2	74,7	457,5	77,9	471,2	79,3		
Abweichung	in Mrd DM	+2,1	-0,9	+24,2	+0,0	+45,5	+1,0	+50,2	-0,3	+121,9	-0,2
Abweichung	in v.H.	+0,5	-1,3	+6,0	+0,0	+11,0	+1,3	+11,9	-0,4	+7,5	-0,1
Finanzplanung 1990-94 Ist	in Mrd DM	293,9	55,5	316,6	58,8	337,5	61,8	360,8	65,0		
Steuereinnahmen	in Mrd DM	321,3	56,1	356,8	61,3	356,0	61,3	379,0	61,0		
Abweichung	in Mrd DM	+27,5	+0,6	+40,2	+2,5	+18,5	-0,5	+18,2	-4,1	+104,5	-1,4
Abweichung	in v.H.	+9,4	+1,2	+12,7	+4,2	+5,5	-0,8	+5,0	-6,3	+8,0	-0,6
Finanzplanung 1990-94 Ist	in Mrd DM	69,6	4,9	49,4	5,3	40,6	4,5	30,9	3,8		
Nettoschulden- aufnahme **	in Mrd DM	52,0	4,3	38,6	2,2	66,2	4,4	50,0	6,2		
Abweichung	in Mrd DM	-17,6	-0,7	-10,8	-3,0	+25,6	-0,1	+19,1	+2,4	+16,3	-1,4
Abweichung	in v.H.	-25,2	-13,7	-21,8	-57,6	+62,9	-1,8	+61,8	+63,1	+8,6	-7,5

\* 1994 sind in den "Ist-Zeilen" die vorläufigen Abschlusszahlen angegeben (Bund: Finanznachrichten BMF 01/95, NRW Stand: 30.01.1995)

\*\* Beim Bund: Nettoschuldenaufnahme am Kapitalmarkt, beim Land: Nettoschuldenaufnahme insgesamt.

Aufwendungen für den FDE entsprechend bundeseinheitlicher Darstellung auf der Einnahmeseite berücksichtigt.  
Differenzen in den Abweichungszeilen durch Runden.

Quelle: Rechnungsergebnisse, BMF, Finanzberichte des Bundes, Finanzberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 1990 - 1994, Gruppierungsübersicht, Finanznachrichten BMF.